

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatlich. Einzelne Nr. 20 Pf.
Fernsprecher: Geschäftshaus Nr. 21295, Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anknüpfungsteil 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teil 4 M., unter Eingangs 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landes-Kulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und pressegesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 194

Sonntag, 21. August

1921

Neue Reichsgesetzesvorlagen.

Berlin, 20. August. Wie die Deutsche Allgemeine Zeitung erzählt, befindet sich unter den Gesetzesvorlagen, die dem Reichstag nach seinem Zusammentritt zugehen werden, eine Reihe von umfangreichen Vorlagen über Wohnungs- und Arbeitsgesetze sowie über Beamten- und Schulgesetze. Ferner dürften die großen Gesetzesentwürfe über die Änderung des Strafrechts und der Strafprozedur dem Reichstag baldigst zugehen.

Die Leipziger Reichsgerichtsverhandlungen.

London, 19. August. Der amtliche Bericht über die Leipziger Reichsgerichtsverhandlungen gegen die deutschen Kriegsschuldigen ist in London veröffentlicht worden.

Der Völkerbundsrat und die oberschlesische Frage.

London, 19. August. Der Pariser Bericht über die Verhandlungen der obererschlesischen Frage wurde bis zur zweiten Vollversammlung des Völkerbundsrates vertagt, die am 15. September in Genf eröffnet werden soll, da keinerlei Gutachten seitens des Völkerbundes vor Mitte Oktober erwartet werden.

Paris, 19. August. Der „Matin“ glaubt zu wissen, daß der Völkerbundrat entschlossen sei, in der oberschlesischen Frage schnell zu entscheiden. Es sei wahrscheinlich, daß er keinerlei weitere Untersuchung vornehmen, sondern seine Entscheidung auf Grund der Dokumente, die ihm der Oberste Rat übermitteln werde, fassen würde. Ein weiterer Grund, der eine rasche Lösung erheischen lasse, sei der Umstand, daß der Rat nur über die Frage des Industriebezirks sich auszusprechen habe. Er sei nicht berufen, sich über die Zuteilung der Gebiete auszusprechen, über die man sich schon geeinigt habe. Der Völkerbundrat werde also nur über das Gebiet, das zwischen der Briand- und der Lloyd-George-Linie liegt, zu urteilen haben.

Die Verbandstruppen für Oberschlesien.

Paris, 19. August. Wie der „Temps“ meldet, scheinen sich die Verbündeten darüber einig zu sein, wieviel Truppenverstärkungen sie nach Oberschlesien entsenden. Großbritannien und Italien würden je zwei Divisionen, Frankreich eine Brigade schicken. Es bleibt nur noch das Datum für den Transport festzusetzen.

Amerika und Oberschlesien.

Berlin, 19. August. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ von zuständiger Stelle erzählt, ist die von der Agentur Radio verbreitete Meldung, daß Amerika sich dem Schritte der verbündeten Geschäftsträger bei der Reichsregierung bezüglich Oberschlesiens angeschlossen habe, nicht richtig.

Die Berichterstatter im Völkerbundsrat.

Paris, 19. August. Nach einer Havas-Meldung ist das Mitglied des Völkerbundsrates, Quinones de Leon, der Vertreter Spaniens, beauftragt worden, den objektiven Tatsachenbestand zur Information der Mitglieder des Völkerbundsrates in der oberschlesischen Angelegenheit vorzulegen.

Die Verhandlungen zwischen Deutschland und Amerika.

London, 20. August. Einer Meldung des „Daily Telegraph“ aus Washington zufolge ist man in politischen Kreisen der Ansicht, daß sich die Verhandlungen mit der Berliner Regierung nicht auf der Grundlage eines Sonderfriedens, sondern auf der eines Handelsvertrages bewegen.

Die irische Frage.

Lord Curzon's Erklärungen im Oberhause.

London, 19. August. Im Oberhause erklärte Lord Curzon, die Regierung habe Irland alles angeboten, was gegeben werden konnte, ohne die Sicherheit des Reiches, die Souveränität der Krone und die Einheit des britischen Reiches zu gefährden. Das Land stehe fest gegen eine vollständige Abtrennung Irlands. Keine Regierung könne dies gewähren. Es würde den Bürgerkrieg und den wirtschaftlichen Ruin Irlands bedeuten. Der Lordkanzler erklärte, wenn die Verhandlungen zusammenbrechen sollten, so würde man zu Feindseligkeiten gezwungen werden in einem Maße, wie sie bisher niemals Irland gegenüber angewandt worden seien. Die Regierung werde vor feineren Maßnahmen zurückzusehen, die etwa notwendig werden könnten, um zu verhindern, daß wesentliche Teile der britischen Insel sich von der britischen Verfassung lösen. Die Regierung stehe oder falle mit dem, was sie angeboten habe. Die Entscheidung, ob es angenommen oder verworfen werden solle, liege jetzt auf der anderen Seite.

Lloyd George's Erklärungen im Unterhause.

London, 19. August. Im Unterhause erklärte Lloyd George bei Einbringung des Berichts über die Verhandlungen: Da es wichtig sei, daß in Großbritannien, Irland und der Welt sich eine den Regierungsvorschlägen günstige Meinung bilde, so seien diese ausdrücklich in dem an die Balera gerichteten Briefe, der am 14. August veröffentlicht wurde, dargelegt worden. Falls die Bedingungen angenommen würden, so würden Verhandlungen folgen. Das Ergebnis werde dann in einem dem Parlament zu unterbreitenden Gesetze niedergelegt werden. Sollten die Bedingungen wider Erwarten abgelehnt werden, so würde die Regierung genötigt sein, nach Befragung des Parlamentes Schritte zu ergreifen. Lloyd George schloß mit der Aufforderung an die Sinnfeiner, lieber die Bedingungen anzunehmen als neuen Streit zu entfachen. Das Unterhaus hat sich bis zum 18. Oktober vertagt.

Die Antwort des Sinnfeinerparlamentes.

London, 19. August. In Dublin ist gestern Abend bekanntgegeben worden, daß das Sinnfeinerparlament die Antwort auf die Vorschläge der britischen Regierung am Montag in geheimer Sitzung erörtern werde.

Neuer englisch-französischer Konflikt.

London, 19. August. Wie „Daily Telegraph“ meldet, ist man in den politischen Kreisen wegen der in Frankreich erhobenen Forderung der Verwerfung des interalliierten Abkommens über die Reparationen benutzelt. Die Delegierten der anderen Länder seien entschlossen, wenn von Frankreich irgendwelche Abänderungen gefordert oder Vorbehalte gemacht würden, das Abkommen radikal zu ändern oder neu zu treffen. In diesem Falle würden die Kandidaten auf ein dauerndes Einverständnis, das sich auf gegenseitige Zugeständnisse gründet, nur gering sein.

Die dänische Hilfe für Rußland.

Kopenhagen, 19. August. Die Regierung beschloß, aus Mitteln zur Abhilfe der Not in den vom Kriege verwüsteten Ländern dem Ministerium des Auswärtigen für die Hilfsaktion in Rußland eine Summe zur Verfügung zu stellen. Der Zweck dieser Hilfsaktion ist, in Petersburg eine Kinderpefegung einzurichten, die soweit möglich unter Leitung der Personen stehen soll, die feinerzeit an den gleichen von dänischer Seite ausgeführten Arbeiten beteiligt waren. Das Ministerium des Auswärtigen hält es für richtig, die Hilfsaktion in die Maßnahmen des schon bestehenden gemeinsamen Hilfskomitees für die durch den Krieg verwüsteten Länder einzubeziehen. Es wird beabsichtigt, die Arbeiten in Petersburg in den ersten Septembertagen zu beginnen.

Die griechisch-türkischen Kämpfe.

Paris, 20. August. Nach einer Meldung des „Matin“ sind die griechischen Truppen nur noch 75 km von Angora entfernt, das von griechischen Fluggzeugen bombardiert wurde. Die Flieger melden, daß die Bevölkerung die Stadt räumte.

Paris, 20. August. Wie der „Matin“ erzählt, hat die spanische Regierung jenen den amtlichen Bericht über den ersten Kampf in der Umgebung von Melilla erhalten. Danach sind insgesamt 14712 Soldaten gefallen. Die Zahl der Vermissten ist nicht festzustellen. Es sind 100 Mann und 30 Geschütze, 392 vollständige Maschinengewehre und über 20000 Gewehre in die Hände der Mauren gefallen.

Untergang des Dampfers „King Orry“.

Paris, 20. August. Nach einer Meldung des „Matin“ aus London ist der Dampfer „King Orry“ mit 1500 Passagieren an Bord auf der Höhe von Newbight gesunken. Die Fahrgäste wurden gerettet.

Der Hunger und die Cholera in Rußland.

Paris, 20. August. Nach einer Havas-Meldung berichten die in Konstantinopel eingetroffenen Flüchtlinge aus Odessa der Russ. Union zufolge schreckliche Einzelheiten über die Lage in der Stadt. Seit Wochen herrsche die Sowjetverwaltung keinerlei Lebensmittel mehr. Häufig sehe man Leute auf der Straße vor Hunger sterben. Nach einer weiteren von Havas weitergegebenen Meldung der Agentur Russ. Union sind nach bolschewistischen Veröffentlichungen vom 20. Juli bis zum 2. August d. J. über 22000 Cholerafälle in Rußland festgestellt worden.

Gehaltsforderungen der österreichischen Beamten.

Wien, 19. August. Unter den Staatsbeamten ist eine erste Bewegung im Gange. Sie stellen eine bestimmte Forderung nach einer Teuerungszulage von monatlich 2000 Kronen und haben ihr Ultimatum in einer so scharfen Form gestellt, daß, wenn nicht in letzter Minute zwischen der Regierung und den Staatsbeamten ein Kompromiß zustandekommt, ein Streik aller öffentlichen Beamten droht. Außer dieser Teuerungszulage verlangen die Beamten die Auszahlung einer Kleiderzulage von 900 Kronen. Die Forderungen würden im Jahr zusammen 8498 Millionen Kronen ausmachen. Die Regierung dürfte in Kürze eine Erklärung darüber abgeben, wie sie den Staatsbeamten entgegenzukommen gedenkt.

Soziale Forderungen in England.

London, 19. August. Die Konferenz des englischen Bergarbeiterverbandes sowie mehrere Resolutionen, von denen eine die 30tägige Arbeitswoche, jährliche Ferien von 14 Tagen, kostenlose Badeeinrichtungen sowie Pensionierung vom 60. Lebensjahr an mit einem Hund Sterling wöchentliches Pension gefordert.

Emir Fesal König von Irak.

London, 20. August. „Daily Mail“ meldet aus Bagdad, daß der Emir Fesal durch die Volksabstimmung in Mesopotamien zum König von Irak gewählt wurde. Die Thronbesteigung findet morgen statt. Die Begeisterung in Bagdad ist außerordentlich groß. Aus allen Teilen Mesopotamiens sind etwa 300000 Personen in der Stadt eingetroffen.

Die Großschiffahrtstraße Donau — Main.

Von unserem Münchener Mitarbeiter.

München, 19. August

Der Haushaltsausschuß des bayerischen Landtags hat in den letzten Tagen dem Übergang der bayerischen Wasserstraßen auf das Reich und dem Ausbau der Großschiffahrtstraße Main-Donau seine Zustimmung erteilt. Das Plenum wird diesen Beschluß, woran kein Zweifel ist, bestätigen. Dann soll sofort die Gründung der Aktiengesellschaft zum Ausbau der Main-Donau-Wasserstraße erfolgen. Das Gründungskapital wird 250 Millionen betragen. Da aber eine weitere Erhöhung des Aktienkapitals auf 600 Millionen bereits in Aussicht genommen worden ist, hat der Haushaltsausschuß der bayerischen Regierung schon jetzt die Ermächtigung erteilt, zu einer Beteiligung an der Ausbringung dieser Kapitalerhöhung zu schreiten. Der auf Bayern treffende Anteil beträgt in diesem Falle 156 Millionen, da nach dem mit dem Reich abgeschlossenen Vertrag Bayern bis zu 26 Proz. des Aktienkapitals beteiligt sein wird. Das Reich wird mit 45 Proz. an dem Aktienkapital beteiligt sein, der Rest des Kapitals wird von interessierten Gemeinden, wirtschaftlichen Unternehmungen, Banken usw. aufgebracht werden. Das Reich und Bayern verpflichten sich, für Anleihen der Gesellschaft gemeinschaftliche Bürgschaft zu übernehmen. Gegenstand dieses gemeinschaftlichen Unternehmens wird der Bau und Betrieb folgender Wasserstraßen sowie der dazu gehörigen Kraftwerke sein: 1. Ausbau der Mainstraße von Kischaffenburg bis Bamberg und der Donaustraße von Kelheim bis Passau; 2. Bau des Kanals Bamberg-Kelheim unter Herstellung eines Zubringers vom Lech her, der das für den Kanal nötige Wasser liefern wird; 3. Ausbau der Donaustraße Kelheim-Ülm. Dieses letztere Bauprojekt soll gleichzeitig mit der Reduktionsleistung verwirklicht werden. Diese Strecken sollen so gebaut werden, daß sie für Schiffe von 1200 bis 1500 t Tragfähigkeit schiffbar werden. Die Gesellschaft erhält durch eine besondere Verleihungsurkunde des Reiches und Bayerns das Recht, 100 Jahre lang die von ihr ausgebauten Wasserstraßen auszunutzen; nach Ablauf dieses Zeitraumes fallen die Kraftwerke unentgeltlich an das Reich. Das zum Bau dieses zurzeit größten mitteleuropäischen Kanalprojekts nötige Kapital beträgt etwa 13,5 Milliarden. Dieses soll, soweit es über das oben genannte Aktienkapital hinausgeht, durch Ausgabe von Obligationen aufgebracht werden. Da aber beträchtliche Summen in Deutschland selbst kaum aufgebracht werden können, so denkt man sich die fehlenden Gelder am internationalen Finanzmarkt zu beschaffen, was um so leichter sein dürfte, da ja ganz Europa an dem Ausbau dieses Schiffahrtsweges ein lebhaftes Interesse besitzt. Eine Überforderung des Unternehmens dürfte aber durch die Aufnahme ausländischer Kredite nicht zu fürchten sein, da ja das Aktienkapital selbst restlos von Reich, Bayern, interessierten deutschen Gemeinden und Unternehmungen aufgebracht werden wird. Man rechnet, falls die Arbeiten günstig fortgeschritten, mit einer Bauzeit von etwa elf Jahren. In der Debatte im bayerischen Parlament über diesen Finanzentscheidungs zwischen Bayern und dem Reich wurde es als bedauerlich empfunden, daß das Reich sich bisher der Forderung Bayerns um Errichtung einer Zentralstelle für die vereinigten Wasserstraßen in Bayern ablehnend verhalten habe. Der Vertreter der bayerischen Regierung erklärte, daß darüber die Verhandlungen mit dem Reichsverkehrsministerium noch nicht abgeschlossen seien, und daß Bayern hoffe, daß dieser Wunsch im endgültigen Vertrag Berücksichtigung finden werde. Bekannt wurde auch von verschiedenen Abgeordneten, daß Bayern durch die dem Reich entstehenden Kosten der Ablösung der deutschen Wasserstraßen, die zu einem Teil den bayerischen Steuerzahlern zur Last fallen, gegenüber dem deutschen Reich sehr stark belastet werde. Die bayerischen Steuerzahler hätten infolgedessen etwa hundert Millionen mehr aufzubringen, als wenn die Wasserstraßen im Besitz Bayerns geblieben wären. Auch Stimmen wurden laut, die behaupteten, daß die Zentralisierung des Verkehrsweises auch die Abtretung der Schiff-